

Erstherausgeber
 vertritt die Interessen
 der Sozial- und Arbeiterparteien.

Dr. Franz Wolf
 (Halle a. S.)
 verantwortlich für den Inhalt,
 verantwortlich für den Inhalt,
 verantwortlich für den Inhalt.

Dr. Franz Wolf
 (Halle a. S.)
 verantwortlich für den Inhalt,
 verantwortlich für den Inhalt,
 verantwortlich für den Inhalt.

Dr. Franz Wolf
 (Halle a. S.)
 verantwortlich für den Inhalt,
 verantwortlich für den Inhalt,
 verantwortlich für den Inhalt.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Anzeigengebühr
 beträgt für die erste Zeile
 20 Pfennig, für die zweite
 15 Pfennig, für die dritte
 10 Pfennig, für die vierte
 5 Pfennig, für die fünfte
 5 Pfennig, für die sechste
 5 Pfennig, für die siebte
 5 Pfennig, für die achte
 5 Pfennig, für die neunte
 5 Pfennig, für die zehnte

Anzeigen
 für die fünfte Nummer
 müssen spätestens bis
 zum 10. Januar in der
 Geschäftsstelle eingehen

**Eintragungen in die
 Postzustellungsliste**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Das Frauenwahlrecht in England.

Man schreibt uns aus London: Nach jahrelangen heftigen und ereignisvollen Kämpfen wird die Frage des Frauenstimmrechts in England nächste Woche zu einer Entscheidung kommen, die auf Jahre hinaus endgültig bleiben muß. Am Donnerstag beginnt nämlich die Kommissionsberatung der Wahlreformkommission der Regierung, die die gegenwärtigen veralteten, komplizierten und vielfach unzulänglichen und realitätsfremden Stimmrechtsqualifikationen für Männer gänzlich hinwegräumt und die einzige Qualifikation des sechsmonatlichen Wohnortes im Wahlkreis an ihre Stelle setzt. Gleichzeitig damit schafft die Vorlage auch die anderen realitätsfremden Merkmale der Wahlberechtigung, nämlich die englische Form des Ruralwahlrechts einschließlich der separaten Unberührtbarkeit ab und führt ein vereinfachtes und zum erstenmal ein einheitliches System der Wahlkreisabgrenzung ein. Das neue Wahlgesetz würde noch immer weit entfernt von einem rein demokratischen allgemeinen Männerwahlrecht, insbesondere weil es die schändlichen hohen amtlichen Wahlschleusen nicht abschafft und weder Stimmzettel noch Proportionalvertretung einführt und somit die Möglichkeit der Wahl eines Abgeordneten durch eine Minorität der abstimmenden Wähler weiter bestehen läßt. Eine Möglichkeit, die sich mit der Entwicklung einer dritten Partei, der Arbeiterpartei, immer mehr zur Wahrscheinlichkeit steigert. Trotzdem ist die weitreichende Bedeutung der Wahlreformvorlage unmöglich zu verkennen. Ihre Tragweite läßt sich am besten an der Feststellung erkennen, daß sie die Zahl der Wähler um rund 2 1/2 Millionen vermehren wird und daß diese Zahl sich fast ohne Ausnahme aus Arbeitern rekrutieren wird, die bisher dauernd oder zeitweise entrechtet waren. Die Zahl der Wähler wird nämlich von rund 7 1/2 Millionen auf rund 10 1/2 Millionen steigen, während die Gesamtzahl der erwachsenen männlichen Bevölkerung, einschließlich Ausländern, Paupers und Verbrechern, rund 18 Millionen beträgt.

Aber trotz dieser großen Bedeutung der Regierungsvorlage ist die allgemeine Aufmerksamkeit auf das Schicksal des Frauenstimmrechts gerichtet, das diese Vorlage ebenfalls entscheiden wird. Und mit Recht, denn nicht nur stand die Frage des Frauenstimmrechts in den letzten Jahren in ungleich höherer Weise im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, als das allgemeine Männerwahlrecht, sondern man kann sich die Augen nicht davor verschließen, daß das Schicksal der ganzen Wahlrechtsreform wahrscheinlich von dem Schicksal des Frauenstimmrechts abhängen wird.

Was sind die Aussichten des Frauenstimmrechts? „Im Prinzip“ hat sich das Unterhaus schon oft genug zugunsten des Frauenstimmrechts ausgesprochen, aber da in England nur eine Regierungsvorlage oder eine solche, die von der Regierung tätig gefördert wird, Gesetz werden kann, brachte es bisher keine Frauenstimmrechtsvorlage über die zweite Lesung hinaus. Im Jahre 1912 aber verneigte das Unterhaus selbst diese parlamentarische Handlung zugunsten des Frauenstimmrechts, die etwa 1 1/2 Millionen Frauen mehr der bestehenden Klassen emancipieren wollte, in zweiter Lesung ablehnte. Manche Abgeordnete begründeten die Ablehnung mit dem un-demokratischen Charakter der Vorlage, andere erklärten sie als eine Demonstration gegen die tollen Strafen der Suffragettes.

Jetzt ist jedoch die Situation wesentlich anders. Die Regierungsvorlage enthält zwar nicht das Frauenstimmrecht, aber seine Anerkennung in Form eines Amendements wäre keine bloße „prinzipielle Meinungäußerung“. Im Gegenteil, der Ministerpräsident Asquith hat wiederholt im Namen der ganzen Regierung feierlich erklärt, daß, obwohl er selber und einige andere Minister persönliche Gegner des Frauenstimmrechts sind, werde die Regierung die Abstimmung über ein Frauenwahlrechtsamendement dem freien Ermessen des Unterhauses überlassen, und wenn es ein solches Amendement annehme, es als einen unteilbaren Bestandteil der ganzen Wahlreform betrachten und sie in dieser Form zum Gesetz erheben. Daher die überaus große Bedeutung der bevorstehenden Frauenstimmrechtsabstimmung.

Die große Mehrheit bei Unterhausbesetzung. Anhänger des Frauenstimmrechts zu sein. Aber jeder will es nur in einer bestimmten Form und in einem bestimmten Umfang. Deshalb die Gefahr, daß kein konkreter Vorstoß eine Mehrheit bekommen wird und das ganze Frauenwahlrecht zu Boden fällt. Für die Unterhausdebatte sind vier bezugsame Amendements angehängt. Das erste und wichtigste ist das Amendement des Ministers des Auswärtigen Sir Edward Grey, das in dem ersten Artikel des Entwurfs an Stelle von „jede männliche Person“ einfach „jede Person“ setzen will, so daß Frauen nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Wird dieses Amendement angenommen, dann hat es noch keine praktische Wirkung, denn die Qualifikationsbestimmungen kommen erst später. Wird sie aber abgelehnt, dann kann kein Frauenstimmrecht als Amendement mehr verlangt werden. Also der Kampf um das Amendement Grey wird die erste Generalabstimmung sein.

Wird das Amendement Grey angenommen, dann wird der Kampf zwischen den Anhängern der verschiedenen Formen des

Frauenstimmrechts beginnen. Zuerst wird das Amendement der Arbeiterpartei zur Verhandlung kommen. Dieses verlangt das neue Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts oder des Ehestandes, also das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter. Das ist das einzige logische Amendement, und man hätte meinen sollen, daß die Liberalen und Radikalen, einschließlich Lloyd George, die die Suffragettes bisher wegen ihrer antimoderne Forderungen bekämpften, dieses Amendement der Arbeiterpartei mit Freuden unterstützen würden. Aber Liberalismus bleibt eben Liberalismus, und demgemäß polart die liberale Partei jetzt schon in die Welt hinaus, daß das Amendement der Arbeiterpartei so weitgehend ist, daß es keinerlei Aussicht hätte, eine Mehrheit zu finden.

Wird das Amendement der Arbeiterpartei abgelehnt, dann kommt ein Amendement führender Liberaler und einiger Minister zur Verhandlung. Es heißt, das norwegische Amendement, weil es sich an das in Norwegen bestehende Frauenwahlrecht anlehnt. Es will den Frauen, die jetzt das Municipalwahlrecht haben, also selbständigen Lokalsteuerzahlerinnen, das parlamentarische Wahlrecht geben, ferner auch den Frauen männlicher Lokalsteuerzahler. Es will aber auch die Altersgrenze aller weiblichen Wähler auf 20 Jahre erhöhen. Dieses Amendement würde 5-6 Millionen Frauen das Wahlrecht geben, und auf dieses wollen die liberalen Anhänger des Frauenwahlrechts ihre Kräfte konzentrieren.

Wird auch dieses Amendement abgelehnt, dann kommt endlich das Amendement der konservativen Frauenrechtler heran, das mit der im vorigen Jahre abgelehnten Conciliation Bill identisch ist. Es gibt, wie das norwegische Amendement, den weiblichen Lokalsteuerzahlern das Stimmrecht, aber ohne die Altersgrenze zu erhöhen. Dagegen gibt es den Ehefrauen der Municipalsteuerzahler nicht das Stimmrecht. Es würde, wie gesagt, etwa 1 1/2 Millionen Frauen das Wahlrecht geben. Wird auch dieses Amendement abgelehnt, dann erhalten die Frauen überhaupt nicht das Stimmrecht, trotz der Annahme des Amendements Grey.

Die Arbeiterpartei wird ihren Kampf selbstverständlich auf ihr eigenes Amendement konzentrieren. Wird dieses abgelehnt, dann wird sie ohne Zweifel der Reihe nach alle anderen Amendements unterstützen. Das scheint uns auch die einzig richtige Stellungnahme. Das norwegische Frauenstimmrecht wäre schon an sich wertvoll und demokratisch genug, um seine Unterdrückung zu verhindern. Die Conciliation Bill ist freilich realtätlicher und antimoderne, und bedenklich, wenn sie allein stünde, von der Arbeiterpartei entschieden bekämpft zu werden. Aber in Verbindung mit der Erweiterung des Männerwahlrechts, das die reaktionäre Wirkung der Conciliation Bill zumindest doppelt überwiegen würde, ist die Unterstützung dieses Vorschlags angebracht, um mit dem Frauenwahlrecht endlich einen Anfang zu machen.

Wie sieht es aber mit dem Amendement Grey? Leider ist seine Annahme keineswegs gesichert. Zunächst wird man mit dem Abfall oder Umfall jener ehrenwerten Herren von der liberalen und konservativen Partei rechnen müssen, die bisher das Frauenstimmrecht unterstützen, denn weil sie wußten, daß ihre Unterstützung keine praktische Wirkung haben würde. Aber entscheidend wird die Haltung der irischen Fraktion sein. Stimmt sie für das Frauenstimmrecht, dann wird es liegen; stimmt sie dagegen, dann wird es unterliegen. Nebst strenger Stimmhaltung, dann hat es noch immer günstige Aussichten. Unter diesen Umständen haben alle Anhänger des Frauenstimmrechts und insbesondere die Arbeiterpartei, ihre größten Bemühungen auf Gewinnung der irischen Fraktion gerichtet. Die Iren waren dem Frauenstimmrecht von vornherein wenig günstig gesinnt, weil sie ihr Somerville Parlament in dieser Frage nicht binden lassen wollen. Aber noch schwerer wiegt bei ihnen die Befürchtung, daß die Annahme eines Frauenstimmrechts-Amendements die ganze politische Lage komplizieren, die Lage der Regierung erschweren und so auch die Somerville-Wahl, die nun das Unterhaus freigeigelt passiert hat, gefährden könnte. Unter diesen Umständen ist es schon ein Erfolg, daß der irische Führer Redmond versprochen hat, seiner Fraktion völlig freie Hand zu lassen.

Was wird aus der ganzen Wahlreform, wenn das Amendement Grey gleich am Anfang oder alle Amendements hintereinander fallen? Die Suffragettes werden toben und die Zurückziehung der ganzen Vorlage fordern. Speziell von der Arbeiterpartei wird gefordert, dann der ganzen Vorlage den Krieg anzukündigen. Sollen sich die Arbeiterpartei hart genug sein, diesen Ruf zu überhören. Aber die Vorlage wäre auch ohne ihre Gegenkraft genügend gefährdet. Vielleicht rednet die Regierung sogar darauf, um die ganze Vorlage ruhig fallen lassen zu können. Sie würde sich dann einfach mit der Abschaffung des verhältnismäßig unbedeutenden Nullstimmrechts begnügen und hätte obendrein noch bei den nächsten Wahlen einen populären „Schrei“, trotz dem Verzicht auf alle Sozialpolitik. Was freilich die Demokratie im allgemeinen und die Frauenstimmrechtsfrage im besonderen durch dieses Ende der Wahlreform genötigt, hat uns noch niemand verlesen.

Es handelt sich also in den nächsten Wochen um Vorgänge, die in mehr als einer Hinsicht wichtig und entscheidend sind und denen man deshalb mit der größten Spannung entgegenfieht.

Vor dem Friedensschluß.

Konstantinopel, 22. Januar. 4 Uhr 45 Min. nachmittags. Der Fortschritt hat sich für die Annahme der Note der Mächte und für den Abschluß des Friedens ausgesprochen.

Nachdem am Dienstag die türkische Regierung vor dem Diktum der Großmächte zusammengelassen war, weil ihr kein anderer Ausweg mehr blieb, fand es sehr, daß der Beschluß des sogenannten „Großen Rates“ nicht anders ausfallen würde. Die Einberufung dieser „Nationalversammlung“ war nur noch eine reine Formalität und ein Gebot der Klugheit für die Fortschritt, die den Fortschritt zu ihrer Wiedereinsetzung brachte für den Fall, daß ihre Entschließung im Volk unzulänglich erachtet haben würde. Angehängt ist aber der Beschluß des „Großen Rates“ vom türkischen Publikum mit Befriedigung aufgenommen worden — ein Zeichen dafür, daß man sich herzlich nach dem Frieden sehnte!

War es einmal der chronische Finanzmangel, der allein schon die Fortschritt zwang, durch das faulstüchtige Joch der Großmächte zu kriechen, so wurde die Not der Türkei noch vermehrt durch die Drohung Rußlands, in den Dardanellen und in Kleinasien aggressiv vorzugehen, wenn die Fortschritt weiterhin weigerte, die Friedensbedingungen der Mächte anzunehmen. Lieber die Art des vorgeschlagenen Ausganges wird gemeldet:

Paris, 22. Januar. Nach einer Meldung des Matin soll der Druck, den die russische Regierung auf die Türkei zugunsten der Balkanstaaten ausgeübt hat, in besonders energischer Form erfolgt sein. Unter anderem soll Salonowo dem türkischen Volkstheater in Konstantinopel voll bei seiner letzten Zusammenkunft mit dem Großwesir Kiamil Pascha diesem dem dringenden Rat erteilt haben, der Mahnung Rußlands Folge zu leisten.

Der Korrespondent des Matin fügt noch hinzu, daß der russische Volkstheater in Konstantinopel sich weigert, über den Schritt Rußlands irgendeine Auskunft zu geben; doch leugnet er nicht, daß der Schritt in äußerst energischer Form erfolgt ist.

Nach der Veröffentlichung des griechischen Blattes Neologos habe die Fortschritt die Volkstheater in Berlin und Wien beauftragt, die Stellung Deutschlands und Oesterreichs zu den russischen Drohungen zu ergründen. Deutschland und Oesterreich hätten erwidert, auch sie rieten zur Verschleppung.

Trotz die letztere Behauptung zu, dann bedeutete dies, daß das Verhalten Rußlands die Billigung sämtlicher Mächte gefunden hätte. Was kein, daß die russischen Drohungen nur fingiert waren, um der türkischen Regierung gegenüber der Stimmung im Volk, die für Fortschritt des Krieges war, den Muten zu härten und zu zeden, es kann aber auch sein, daß sie ernst gemeint waren. Weniger wahrscheinlich ist allerdings die letzte Annahme, denn die Verwirklichung der Drohung hätte mit einem Schöpfung neue Komplikationen von unbeschreiblicher Tragweite geschaffen und auf neue die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschworen. In dem einen wie dem anderen Falle konnte die Türkei nichts gewinnen, ja vielleicht nur noch den unabwehrbaren Zusammenbruch und des asiatischen Reiches beschleunigen. Einem etwaigen russischen Vordringen in Anatolien hätte sie jetzt auch nicht den geringsten Widerstand entgegenzusetzen können, da dieser Teil der Türkei infolge des Balkankrieges von Truppen so gut wie vollständig entblößt ist. Aber auch wenn man die „russische Gefahr“ für die Türkei geringer einschätzt, als sie vielleicht sein mag, so bot die Verfassung und Stellung der türkischen Truppen bei Istanbulbald sicher nur sehr geringe Gewähr für eine auch nur einigermaßen erfolgversprechende Fortsetzung des Krieges. Wie es um die Verlegung und den Bundeskriegszustand der Truppen tatsächlich beschaffen ist, darüber wird man die volle Wahrheit vielleicht erst nach dem endgültigen Friedensschluß erfahren. Vielleicht wird die Welt dann auch mit Grauen vernehmen, welche furchtbare Zustände in dem belagerten Adrianopel geherrscht und welche grauenvollen Elend sich dort aufgedrückt haben mag! Verlaßt doch, daß dort die Pest in all ihrer Furchtbarkeit wüten soll! Sider verdienen die heldenbraven Verteidiger von Adrianopel ebenso wie die von Scharihsche Bevölkerung, aber irgendwelche Ehre kann die sinn- und zwecklose Vernichtung von Menschenleben durch Hunger und Pest der Türkei nicht mehr bringen. — Man hätte noch einige Hoffnungen auf die türkische Flotte gesetzt. Aber die Flotte ist in ihrer letzten Schlacht mit der griechischen Flotte auch keine Geborgenheit gefunden, und man muß bezweifeln, daß die letzte verlorenen Seeschlacht den Sultan entscheidend für den Friedensschluß bestimmt habe.

Agraria.

Rede des Abgeordneten Genossen Leitner zum Landwirtschaftsstatist im Dreiflüssenjahe.

116. Sitzung, Mittwoch, 22. Januar 1913.

Abg. Leitner (Soz.): Wir stimmen für die Resolution der Budgetkommission...

gegen die Viehsteuerung.

ablangelt, so ist in der Kommission behauptet worden, daß insofern dieser Maßnahmen die Viehpreise bis um 40 Pf. pro Pfund gesunken seien...

eine Wilsachtung unserer Partei und her in die Wilschaften der Bevölkerung...

und her in die Wilschaften der Bevölkerung, die weit stärker sind als die Wilschaften der Partei...

Ihre „Hilfe für die kleinen Leute“

Aber Minister erklärte, daß bei der Neuordnung der Gemeindefinanzen auch eine Steuerentlastung der ländlichen Grundbesitzer eintreten solle...

Landrentenanstalt die Landrente des Vorjahrs

für den Vorjahrs, wobei Minister erklärte, daß die Landrentenanstalt die Landrente des Vorjahrs...

empfohlen wird. Was sagt er zu dieser unerhörten Verunglimpfung?

Minister erklärte, daß die Verunglimpfung der ländlichen Wohnungsverhältnisse in der Tat eine Verunglimpfung der ländlichen Wohnungsverhältnisse...

freilich nicht daran, den Landarbeitern Hilfe zu bringen. Sie haben in einer vom Grafen v. Schimdt einberufenen...

die Organisation der Landarbeiter zu verhindern sei.

Freilich waren in dieser Gesellschaft keine Landarbeiter vertreten, sondern nur ihre großen Feinde...

Sie sind aufgeleuchtet durch die Tätigkeit des Landarbeiterverbandes...

Sie sind aufgeleuchtet durch die Tätigkeit des Landarbeiterverbandes, der sich sehr gut entwickelt und durch Freie und Unterhändler...

Sie reden von der Kulturfrage der inneren Kolonisation.

Sie reden von der Kulturfrage der inneren Kolonisation, was Sie Ihnen um Kultur zu tun, so müssen Sie aufhebung der Gemeindeförderung...

unangehörlichen Wilschaftungen der Landarbeiter

aufhören. Dübende von Fellen konnte ich anführen, in denen die Wilschaftungen eilich erklärt und gerichtlich festgestellt worden...

Allerlei.

Die Brimadonna herben.

Die Witwe Schmidt in Janowitz, die sie sich nach ihrer Arbeitssitte (1) dem, die Brennstoffe...

Die Getreidebörse.

Ein Geheißte aus Chicago von Frank Norris.

„Aber, nach“, wieder sprach Frau Crehler, „das machen Sie doch nach so beiläufig“, „Der junge Mann stimmte selbst ein, in das Getreide, das diese Worte hervorriefen...“

ins in die Lampe herantretend, wühlte er gegen die Brimadonna.

ins in die Lampe herantretend, wühlte er gegen die Brimadonna. Die fluchte ihm mit gelassenen Händen an, sie zu bezaubern...

den Laft säug, fahien die Töne und Worte mit der Spitze

den Laft säug, fahien die Töne und Worte mit der Spitze seiner Latitodes aus Sägen und Orchester herauszukommen...

Das ist der große Akt.

Das ist der große Akt, flücherte Frau Crehler, sich über Lauras Schulter bendend. „Sie ist nachher die Güter der Welt...“

„O traite infame.“

„O traite infame.“ „O lâche et coupable.“ „Ich hab nicht ein, weshalb er die junge Dame nicht heiratet, und dann...“

Das Finale beendet.

Das Finale beendet. Die auf der Bühne versammelten traten einen Schritt vor und sangen alle, aber in einer höheren Tonlage, noch einmal...

— Clearing House (Abrechnungsstelle der Bankiers und Wechselbank).

— Clearing House (Abrechnungsstelle der Bankiers und Wechselbank). Die dort hielten die auf ausgefertigten Schecks...

Im Einklang rufen und lagten die Geigen; alle Vogen

Im Einklang rufen und lagten die Geigen; alle Vogen gingen die Telle einer genau arbeitenden Maschine gleichzeitig auf und nieder...

antworiete der Nation, der sich noch immer an die Brust säug

antworiete der Nation, der sich noch immer an die Brust säug und mit einem Schwerte auf den gefallenen Gegner deutete...

auf dem Gebiet des Schutzes der Gesundheit der Arbeiter geltenden Besonderen Bestimmungen zusammenzufassen, nicht nur die Bundesratsbestimmungen, sondern auch die Grundzüge, die zur Einleitung der Sozial- und Arbeitsgesetze dienen. Im Hinblick darauf, dass ein eingehendes Studium der Fassung der Ergebnisse unserer sozialpolitischen Tätigkeit ausgearbeitet werden. Natürlich kann diese Arbeit nicht in wenigen Monaten bewältigt werden.

Hr. Schöberl (Str.): Wir bitten um Resolution zu, ohne entfallen zu wollen, vor von den beiden Rednern recht hat. Das Besondere von Prof. Bernbach sollte man nicht unterschätzen; hinter ihm steht eine ganze Klasse von Schatzkammern. (Sehr richtig! b. d. Ges.)

Hr. Prof. Bernbach (Soz.): Ich habe die Beschlüsse der Kommissionen des Jahres 1908 in der Besprechung des Jahresberichts des Prof. Bernbach gelesen. Ich habe die Resultate des ersten Jahres der Witten- und Wältenversicherung zugrunde gelegt, sondern eine erheblich höhere Zahl von Rentenberechtigten angenommen.

Hr. Bernbach (Str.): Die Professur des Prof. Bernbach darf man nicht überschätzen. Sie ist abgesehen davon durch die falschen Nebenerhebungen, die in ihr enthalten sind. (Sehr richtig!) Natürlich gibt es auch Simulanten unter den Arbeitern. Aber von einer Rentendürftigkeit der Arbeiter, die vom Witten des deutschen Vaterlandes führen kann, ist keine Rede. Es ist bedauerlich, dass eine solche Tendenz sich überhaupt untersteht, in der Kommissionen gefunden hat.

Die Resolution der Kommissionen wird hierauf angenommen und die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluss 6 1/2 Uhr.

Aus der Provinz.

Der Herr Amtsrichter auf dem Kreisgebäude.

In Altdorf, der Hauptstadt des stark anwachsenden Kreises Edersterra, einem idyllischen Landschaften, dessen Einwohner vom großen Teil dem edlen Gewerbe der Botanik obliegen - Pflanzerei, Waldbau und sonstige Aquarellarbeiten werden hier gemacht - war am vergangenen Sonntag alles auf den Beinen. Obwohl in der Altdorf die Mittel zur Gebahrung der Menschheit gewonnen werden, fühlte sich jedoch die minderbemittelten Klasse als sehr krank. Die Lebensmittelpreise mit ihren unheimlichen Folgen ließ die Leute denken. Dieser ist die Arbeit jeden Leuten überlassen worden, die die Wirtschaftsteilnahme auf Universitäten schlafen mühen, um nachher in verborgene Winkel der Erde zu lauten.

Auf einmal soll das anders werden! Die Einwohner von Altdorf haben gedacht und - gehandelt. Allerdings harmlos. Eine einfache Konsumgenossenschaft soll gegründet werden. Das, was der Kampf gegen diesen Drogen aufgenommen werden. Unter Führung des Amtsrichters Friedrich, ausgerüstet mit einem großen Vorrat an Ideen aus dem 19. und 20. Jahrhundert, begaben sich die Vaterlandskrieger nach dem Hofstade zur Erlangung. Doch welche Enttäuschung! Der Referent, Genosse Friedrich aus Erfurt, behandelte in längeren Ausführungen die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands von Mitte des vorigen Jahrhunderts bis zur Jetztzeit, dabei hervorhebend, dass gewerbetreibende Landwirte, Fabrikanten etc. es vorzuziehen, verstanden hätten, vom Tag der Zeit zu lernen. An Stelle der einzelnen Person sei die Organisation getreten, um besser, wie früher, Vorteile erzielen zu können. Insbesondere seien auch im Kreise Altdorf die landwirtschaftlichen Genossenschaften sehr zahlreich vertreten. Das, so betonte der Referent, nun doch Erfolge zeitige und mit Unterstützung der Regierung besonders gefördert werde, müsse auch den ärmeren Volksschichten Veranlassung geben, in Gemeinlichkeit die Interessen der Konsumenten zu wahren. Jedoch nicht Staatshilfe soll und die Wege zeigen, sondern auf Selbsthilfe muss insbesondere die Konsumgenossenschaft aufgebaut sein.

Damit kam der Referent aber schon an. Der Herr Amtsrichter erhob sich, frag, welchem Verband der Erfurter Altdorf Konsumverein, und welcher Vorteil der Vortragende angedeutet und fies, als ihm keine Antwort wurde, einen Teil der Anwesenden damit ein, dass er sein Wohlwollen jeder genossenschaftlichen Betätigung geltend. Nur für Altdorf liege kein Bedürfnis vor, da der Mittelstand gesünder müsse. Nun aber ging's los. Der Zentralverband der sozialdemokratischen, der Referent ein Sozialdemokrat schillmister Sorte. Er sei nur hergekommen, um Dummheit zu fangen; in dem so ruhigen Altdorf solle nur ein warmes Nest für die Sozialdemokratie geschaffen werden. Als Vaterlandskrieger, als königstreuer Mann, werde er gegen diese Gründung mit ganzer Macht kämpfen.

Der nachfolgenden Herrn Amtsrichter, der als Vorhörer der national-liberalen Partei bei der letzten Reichstagswahl schon mehrfach in den Vordergrund des politischen Kampfes trat, wurde gelang, das er mit seiner Behauptung der Zentralverband sei sozialdemokratisch, sich einer heftigen Unruhe gleichig gemacht habe. Ihm wurde weiter bedeutet, er solle sofort seinen Erfurter Kollegen veranlassen, gegen den Altdorf Konsumverein einzuschreiten. Auf eine Blamage mehr oder weniger konnte es gar nicht an. Darauf musste Heinrich Kaufmann mit einem Artikel aus dem Jahre 1898 im Harburger Volksblatt herhalten. Hier ist geschrieben, dass die Sozialdemokratie die Genossenschaft braucht. Der streitbare Herr Amtsrichter hat hier Proletariat mit Sozialdemokratie verwechselt. Macht nicht unter Verdächtig! Was sich zur Selbsthilfe und vom Proletariat bekennt, ist Ungeheuerlich, wasserlos, revolutionär. Nur Junker und solche Leute, die in irgend einer behäuflichen Ecke der deutschen Vaterlands als Beamten einen Teil der Steuergrößen als Gehalt empfangen, sie sind nach Meinung des Reichstages Deutschlands Paria. Hier die Sozialdemokratie und insbesondere die Arbeiterchaft wird auch hier dafür sorgen, dass

Altdorf seinen „Konium“ bekommt und das der Herr Amtsrichter schließlich die Statuten dieses unterirdischen Untergrunds genehmigen und den Verein in das Genossenschaftsregister eintragen muß.

Meerburg. Selbstmord. Mit Panakal begiffte sich Montag abend in einem tiefen Wahn der Armenmacher Otto Schöberl, Entschieden zu sein. Er fand wenige Augenblicke nach dem Genuss des Bieres lautos zusammen, und der sofort herbeigeholte Arzt konnte den Mann trotz der angewandten Gegenmittel nicht mehr retten. Er wurde bewußtlos in seine niedrige Wohnung geschafft, wo er bald darauf starb. Er ist 39 Jahre alt, verheiratet und Vater eines Kindes. Was ihn in den Tod getrieben, ist nicht festzustellen.

Schleibitz. Aus dem Stadtparlament. Am Montag fand die erste Sitzung der Stadtverordneten in diesem Jahre mit einer sehr reichhaltigen und zum Teil sehr wichtigen Tagesordnung statt. Aus dem Bericht des Vorstehers war zu entnehmen, dass im vorigen Jahre 10 Emissionen stattgefunden haben, in welchen 118 Ausgaben erledigt wurden. Bei der Wahl des Bureau wurde Herr Knob als erster und Herr Frohne als zweiter Vorsteher wiedergewählt. Unsere Genossen brachten Genossen Müller in Vorschlag, welcher aber mit vier Stimmen unterlag. Die Kommissionsarbeiten brachten uns einen kleinen Erfolg. Auf Vorschlag des Genossen Schmittlich kam in der Kommission der erste Schmelzerfall unter, und zwar an dessen Stelle unter Genossen Galle in die Kommission. Ferner wurde Genosse Müller in die Beschäftigungs-Deputation, Genosse Schulte in die Gemeindefeuer-Einsparungskommission und in die Wasserwerke-Kommission gewählt. Es scheint die Zeit gekommen zu sein, wo man mit unsern bei Genossen den rechnen muß. Als Schmelzer wurde Herr Raumann aus der Jahre wiedergewählt. Bei dem Punkte Bewilligung von Verteilungslofen für Ertragsstunden der Lehrer erschienen unsere Schülervereine in einem nicht gerade günstigen Licht. In einem längeren Schreiben fordert Rektor Richter 212 M. für geleistete Ertragsstunden, welche von den Lehrern gefordert werden. Die größere Mittel bringt hierbei eine Reihe Verbesserungen vor. Es sind aus obigen Gründen mitunter zwei Klassen zusammengelegt worden, wodurch ein Lehrer gemeinlich nicht weniger als 122 Kinder unterrichten mußte. Auch ist es empfehlenswert, dass man bei dieser Zusammenlegung der Klassen auf die Größe der Schulklassen Rücksicht nimmt. Es ist vorgeschlagen worden, die größeren Klassen in kleine Klassen zu teilen. Die Klassenarbeiten sollten besser sein. Ferner fordert die Anstellung von Lehrkräften. Bürgermeister Schmidt bewieselt zunächst diese Angaben und erklärt, dass in Schleibitz genügend Lehrer vorhanden wären; es werden von einigen Lehrern noch nicht einmal die Pflichten erfüllt. Genosse Müller leitete den Vortrag über die Anstellung von Lehrern an und gibt der Meinung Ausdruck, dass ein Lehrer die Kinder nicht genügend bilden und lehren könne, wenn in normaler Zeit circa 70 Kinder in einer Klasse zusammengebracht sind. An Stelle der ausbleibenden Handarbeitslehrerin Frau Palm, soll eine händliche Lehrerin mit einem Grundgehalt von 1100 M. efl. Mittelschulung angesetzt werden. Ferner ist es vorgeschlagen, die Gehälter von 180 M. nach erfolgreicher Reformation werden drei Vögeln die zwölf gezählten Kommunalsteuern in Höhe von 278.10 M. zurückgezahlt.

Eine längere und lebhaft Debatt entpinn sich wegen der Erhöhung des Wasserpreises. Der Magistrat unterbreitete eine Vorlage, wonach das Wasser pro Kubikmeter von 30 auf 40 Pf. erhöht werden soll. Auf die zu zwei Wohnungen sollen weiterhin mindestens 20 M. pro Jahr bezahlen. Am einer Seite zu begreifen, soll es im Ermessen des Magistrats stehen, bei geringer Abnahme dieser Summe bis auf 4 M. pro Jahr zu ermäßigen. Das Wasserwerk, welches rechts-unterhalb der Stadt jährlich ganz erhebliche Zuschüsse. Unsere Genossen Müller und Schmidt bestritten den Antrag, die Wasserpreise zu erhöhen. Die Preise für Großabnehmer ebenfalls entsprechend erhöhen solle. Dies ist selbstverständlich auf teilweise Widerspruch, was unsern Genossen Schmittlich nochmals zu längeren Ausführungen veranlaßte. Wir fordern vor allen Dingen einen Einheitspreis, auch könne man den Verlust durch die Aufstellung von Gaszählern machen. Durch die Überzahl der Zähler der bürgerlichen Mehrheit schafft man eine unendliche Zahl von Zwischensählern in Form der Hausbesitzer. Letzteren ist diese Gelegenheit sehr willkommen, um mit dieser Erhöhung die Steigerung der Mietpreise zu begründen. Es ist möglich, diese Zwischensählern auszuschalten, wenn man das Wasser direkt an den Leistungnehmer abgibt. Der Verbrauch von jährlich 30 M. für die kleinen Häuser ist eine a. b. Ungeheuerlichkeit. Ist es doch vorgekommen, dass Hausbesitzer den Kubikmeter mit 1.70 M. bezahlen mußten. Dieser Fall zeigt deutlich, dass die händlichen Werte hauptsächlich zum Vorteil der Kapitalträger Großabnehmer arbeiten. Ein händliches Wasserwerk soll die Preise haben, in erster Linie der kleinen Feinmüller zu liefern und erst dann unter Bürgerangelegenheiten eines Einheitspreises für industrielle Zwecke in Frage kommen. Genosse Schulte schloß sich diesen Ausführungen an. Der Magistratsantrag wurde mit dem Zusatz, daß der Preis für Großabnehmer von 30 auf 40 Pf. festgesetzt werden soll, angenommen. Nummer wurde über diesen Antrag der Genossen Schmittlich verhandelt. Der Antragsteller ab zunächst die Gründe bekannt, welche ihn veranlaßt haben, einen Antrag auf Verbilligung des Wassers zu stellen. Dieses Werk wirkt jährlich ganz erhebliche Mehrerlöse ab. Es muß Pflicht der Gemeinde sein, die Vorteile des öffentlichen Lichtes auch der Armenwelt zusammen zu lassen. Bei diesem Werte tritt der Fall auf, dass man nur darauf bedacht sein muß, die Großabnehmer recht billige Energie zu liefern, was natürlich auf Kosten der Kleinabnehmer geschieht. Aber auch die finanziellen Verhältnisse erlauben die Verbilligung der Stromkosten von 45 auf 40 Pf. Das Werk selbst am Schluss des Rechnungsjahres 1911 einen Vermögensbestand von 108 588.92 M. in bar auf. Wenn im letzten Jahre war eine Vermögenszunahme von 26 220.05 M. zu verzeichnen. Die Annahme des Antrages hat einen Einnahmeverlust von nur 8500 M. zur Folge. Nach einer sehr lebhaften Debatte wurde der Antrag dem Magistrat mit dem Ersuchen, eine dementsprechende Beschlüsse zu machen, überwiesen. Der Hausbesitzerverein hatte eine Petition, sehr unehrenhafte

Verteilung der Einquartierungsstellen, eingereicht. Der Bürgergemeinderat beschloß mit treffenden Worten die Petition. Die Hausbesitzer werden ihre Petition nicht ab, sondern belassen mit der Bitte, dass man nur noch die Petition abgelesen werden, die Mieter ebenfalls mit Einquartierung zu belassen, so wird sich die Wohnung unserer Stadt dementsprechend erhöhen. Die Eingabe wird dem Magistrat überwiesen. Auf Grund gefälliger Regelung steht es den Gemeinden, ohne Rücksicht auf eine Oberbehörde, frei, ein Gesetz über der. Erziehungsmittel zu belassen. Nach dem Zeit sehr lebhafter Debatte wurde die Annahme des Ortsrats beschlossen. Derselbe fand nach eine nichtöffentliche Sitzung statt, in welcher Herr Suppa wiederum zum Magistrats-Beiratsmitglied gewählt wurde.

Witten. Den Parteigenossen und -genossinnen zur Kenntnis, abends 8 1/2 Uhr im Bürgergarten stattfindend. Auf der Tagesordnung stehen sehr wichtige Punkte, u. a. den Bericht vom preussischen Parteitag.

Witten. Eine Ueberfreitung des 3. Achtungsbereiches gegen den von seiner Frau mit in die Ehe gebrachten 11-jährigen Alfred Kramer brachte nach dem Urteile des Schöffengerichts Witten dem Gutsbesitzer Richard Juch 8 hier einen Monat, seiner Frau zwei Monate Gefängnis etc. Der Strafe war auf die Anzeige des mit den Angeklagten verheirateten Hauswirts, Hilfsbeamter Brühke, unterstellt und anderwärts in Pflege gegeben worden. Nach der Petition der Frau, die ebenfalls gefordert werden und auch Ansprüche zu strenger Rühmung vorgehen haben, wurde der Ehepartner freigesprochen, die Strafe der Mutter auf einen Monat herabgesetzt.

Witten. Drei Monate Gefängnis hatte der Mann R. aus St. Ulrich vom Schöffengericht zurecht erhalten, weil er bei einem Tanzvergnügen den Arbeiter Otto Spanenberg aus Hülshorst so mit einem heißen Gegenstand geschlagen hatte, daß er ohnmächtig wurde. Seine Verurteilung vor der Raumburger Strafammer hatte keinen Erfolg.

Witten. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Sozialistischen Arbeiter Partei findet Sonntag, den 25. Januar, abends 8 Uhr statt. Eine Mitgliedsbuch sein Zutritt.

Schleibitz. Sozialist. Zu der am letzten Sonntag abend abgehaltenen außerordentlichen Versammlung der Sozialistischen Arbeiter Partei der Stadt Schleibitz wurden sämtliche Ortskomitees der angrenzenden Gemeinden und die Vorstände der im Goldenen Adler domizilierenden Vereinigungsgenossenschaft eingeladen. Der Einladung wurde mit Ausnahme des Radfahrervereins Wanderlust Folge geleistet, und erklärten die Vertreter der Vereinigungsgenossenschaft, ihren Mitgliedern den Wunsch zu äußern, daß die Mitglieder des Sozialistischen Arbeitervereins zur Kenntnis bringen zu wollen. Der Vorsitzende des Radfahrervereins Wanderlust, Waidenheimer Strauß, hatte brieflich mitgeteilt, daß sein Verein sich nicht um den Konflikt kümmern werde. Da nun dieser Verein zur überörtlichen Mehrheit aus Arbeitern besteht, wird es sich so zu zeigen haben, ob der Herr Strauß über die Höhe der Mitgliedschaft zu bestimmen hat und diese auf Vorkontobühren werden wollen. Im Verlaufe der weiteren Debatte wurde auf Antrag der Bundesrat nach jeder Ausrede und Ermöglichung aller Eventualitäten einstimmig beschlossen, alle drei großen Fälle am Orte zu konstatieren, also die Lokale von Hennig, Schmelz und Witten.

Ein Schreiben vom hiesigen Gewerkschaftsverein, das die nachmalige Anfrage des Ratels wegen der Höhe der Lokale beantwortet und am Montag dieser Woche einliefe, besagte wieder klar und deutlich, daß die Werte sich auch fernerhin weigern, der Arbeiterchaft Einzugelassen zu zeigen. Trotzdem wurde am Dienstag abend noch einmal die Sozialkommission mit dem Ratel beraten; auch diese letzte Kommission verließ sich auf die Meinung der Ratel, daß die Werte sich nicht auf den Konflikt eingehen werden wollen. Die übertragte, natürlich völlig unbegründete Angst vor der Weigerung hält die davon ab, den Arbeiter als gleichberechtigten Staatsbürger anzuerkennen. Sie wollen auch fernerhin nur den Militärvereinen und ähnlichen Vereinen ihre Räumlichkeiten offen halten. Die organisierte Arbeiterchaft hat es nun in der Hand, der arbeitenden Wirten zu zeigen, was Solidarität bedeutet. Kein Arbeiter darf nimmer die Lokalitäten des Goldenen Adlers, Witten und Schmelz in Anspruch nehmen, wenn er nicht zum Vorkontobühner werden will. Ein in Kürze eintreffendes Flugblatt wird noch weitere Details bringen.

Auf die am Sonntag stattfindende öffentliche Gewerkschaftsversammlung in der Sonne (Bäge) sei hier besonders hingewiesen, in der Genosse L. u. d. e. u. f. über die Wirtsurfrage spricht. Ertricht daher in Massen und demonstriert dort für eine neue Art als gleichberechtigte Männer.

Witten. Gefährliche Arbeitsweise. Auf der neuen Grube Maria Anne sind die Arbeiter genötigt, während des Betriebes unter dem Vagen zu arbeiten. Durch den Frost hat sich nun ein Stück Erde vom Abfalllager gelöst und hatte den Arbeiter Rüd aus Gorden bettet. Ein Schenkelbruch und Verletzungen am Kopf waren die Folgen. Eine Weigerung eines anderen Arbeiters, an Stelle des Rüd weiter zu arbeiten, soll mit Entlassung beantwortet worden sein. Sonntags 14 Uhr vollzogene der Unfall, doch erst nach zwei Stunden wurde ihm die richtige Hilfe zuteil. Eine Weisung wäre hier dringender angebracht.

Witten. Die nächste Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonntag, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr im Preussischen Hofe statt.

Witten. Grubenunglücke. Auf der Grube Hedwig bei Witten wurden zwei Verletzte durch niedergehende Grottehilfe verunglückt und schwer verletzt. Auf der Grube Hof bei Gröden stürzte der jugendliche Arbeiter Schmidt aus 100 Fuß Höhe hoch vom Bergwerk ab und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er wenige Minuten darauf starb.

Witten. Versärgliche Pflanzensatzprobe. Beim Versuch im Pflanzensatzprobe heute morgen gegen die Burg und Grabow ein Marschpöbder aus 15 Meter Höhe ab. Leutnant Schlegel war sofort tot, der Führer, Leutnant von Schelle, wurde schwer verwundet in demselben Zustand ins Garnisonlazarett gebracht. Der Apparat ging vollständig in Trümmer.

Verehrte

Grüne

Achtet darauf, daß Ihr stets das erhaltet, was Ihr verlangt. Es ist in letzter Zeit oft versucht worden, Euch anstelle der rühmlichst bekannten Edel-Pflanzenbutter-Margarine „Aromin“ andere Sorten in die Hand zu stecken, die an Aromin-Verpackung nachzuahmen. Man hat sogar versucht, die Aromin-Verpackung nachzuahmen. Sagt solchen Verkäufern, die Euch nicht das geben wollen, was Ihr verlangt, nämlich die Edel-Pflanzenbutter-Margarine „Aromin“, gründlich Eure Meinung.

Achtet genau darauf, daß Ihr die blau-verpackte Packung mit dem groß darauf gedruckten, gesetzlich geschützten Worte Aromin erhaltet und weist alles andere, als e'nsogut oder fast e'nsogut angeboten, energisch zurück.

Generalvertreter: Julius Krefz, Halle a. S., Pfännerhöhe 4. Telephon 3332.